

RHEINISCHE POST

ZEITUNG FÜR POLITIK UND CHRISTLICHE KULTUR



FRANZISKA PREUSS

In einem dramatischen Finale sichert sich die Deutsche den Sieg im Gesamtweltcup. Sport

SOMMERREIFEN

Wie lange man mit dem Aufziehen höchstens warten sollte. Wirtschaft

MARLENE DIETRICH

Mit ihren Auftritten vor US-Truppen zog die Schauspiel-Ikone den Zorn vieler Deutscher auf sich. Kultur



DÜSSELDORF

LOKALES

Wie sicher sind Großveranstaltungen?



Die Saison der Open-Air-Großveranstaltungen in Düsseldorf steht in den Startlöchern. Wie Polizei und Veranstalter die Lage bewerten. SEITE C1

LOKALE WIRTSCHAFT

Ein Zuschuss für Stoffwindeln

Andrea und Philipp Bettinger wollen mit ihren Mehrweg-Produkten Müll reduzieren. Nun haben die Düsseldorfer eine Aktion gestartet. SEITE C4

DÜSSELDORFER SÜDEN

Ein Markt vernetzt Wersten

Vereine und Institutionen stellten sich auf der Ehrenamtsbörse vor. Gesucht werden Menschen, die im Stadtteil anpacken wollen. SEITE C7

ZITAT

„Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie sich Smartphone-Nutzung auf junge Menschen auswirkt.“

Armin Schwarz (CDU), hessischer Bildungsminister.

WETTER

Mehr Wolken als Sonne, lokal Schauer



RP KONTAKT
Leserservice 0211 505-1111,
Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
www.rp-online.de/Leserservice
Anzeigenservice
0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr
anzeigen.rp-online.de

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

In einer Weberei nördlich von Berlin wird Hundehaar zu Wolle verarbeitet. Daraus entstehen dann Schals, Stulpen oder Mützen. Das Material ist angeblich so flauschig und weich, dass man meinen könnte, es sei aus Angorawolle. Manches Frauchen und manches Herrchen sammeln die Haare ihrer vierbeinigen Lieblinge, um ihnen auf diese Weise besonders nah zu kommen. Wir haben keinen Hund und würden mit einem Pullover aus seinem Fell ungerne in den Regen kommen. Eine Jacke aus Neufundländer wäre uns zu schwer, die aus Windhund zu durchlässig. Ein Rauhaardackel-Unterhemd könnte kratzen, und bei Kurzhaardackel-Produkten handelt es sich womöglich um Betrug. bew



4 190586 802801 1 0 0 1 3

PAPST FRANZISKUS

Zurück in den Vatikan

Nach gut fünf Wochen hat das Oberhaupt der katholischen Kirche die Klinik nach seiner schweren Lungenentzündung verlassen. Hier zeigt er sich erstmals der Öffentlichkeit vom zweiten Stock des Krankenhauses. Er wirkt deutlich geschwächt. Panorama



FOTO: DPA

NRW-Psychologen befürchten Engpässe

Therapiepraxen in NRW müssen als einzige in einem bundesweiten Modellversuch aufwendige und teure Dokumentationspflichten übernehmen. Der Berufsverband warnt vor einer Verschlechterung der Versorgungslage.

VON MAXIMILIAN PLÜCK

DÜSSELDORF Wer einen Platz bei einem Psychotherapeuten benötigt, muss oft monatelange Wartezeiten in Kauf nehmen. Ein auf NRW beschränkter sechsjähriger Modellversuch sorgt nun dafür, dass sich die ohnehin angespannte Versorgungslage weiter verschärft. Seit Januar müssen alle ambulanten psychotherapeutischen Praxen für Erwachsene in NRW zur Qualitätssicherung Daten über ihre Fälle erheben. Das kostet die Behandler wertvolle Zeit. Was diese Dokumentationspflichten im Alltag bedeuten, schildert der Präsident der Psychotherapeutenkammer, Andreas Pichler: Für die Einarbeitung der Datenfelder sei pro Fall etwa eine Stunde nötig, bei einer vollen Praxis könnten im Quartal zehn bis 15 Fälle zusammenkommen, die in das Verfahren einfließen. Auch die Aufklärung und Information der Patienten dürfte Pichler zufolge rund eine halbe Stunde pro Patient in Anspruch nehmen. Das sei zwar Teil der psychotherapeuti-

schen Leistung, gehe aber von der Behandlungszeit ab.

Zudem verweist er auf die Teilnahme an den vorgesehenen Regionalkonferenzen des Instituts für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen. Allein die Auftaktveranstaltung mit 3000 teilnehmenden Therapeuten entspreche 750 Kurzzeitbehandlungen mit je 240 Behandlungsstunden. „Finanziell wurden hier über zwei Millionen Euro Schaden an der Versorgung in Kauf genommen“, rechnet er vor. Eine weitere Regionalkonferenz sei für Oktober geplant.

Dem Kammerpräsidenten zufolge bestehe die Gefahr, dass sich durch den Modellversuch die Versorgungslage verschlechtere. Ein weiteres Problem sieht er in der geplanten Patientenbefragung: Es sei zu befürchten, dass Patienten, die nicht an dem Verfahren teilnehmen und ihre Daten nicht zur Verfügung stellen wollten, von einer Behandlung absähen. „Das ist ihr gutes Recht, aber wohl kaum im Sinne des Erfinders“, sagte Pichler: „Unbehandelte

psychische Erkrankungen lösen sich in der Regel nicht in Luft auf.“

Die Wartezeit auf eine psychotherapeutische Behandlung sei immer noch viel zu lang und könne bis zu 20 Wochen betragen. „Insofern ist es nicht zu verstehen, wie ein solches Qualitätssicherungsverfahren mit erwartbar großer Verschlechterung in die Welt gesetzt wird“, sagte Pichler.

INFO

Qualitätssicherung in der ambulanten Therapie

Ziel Beurteilung und Förderung der Versorgungsqualität ambulant durchgeführter Psychotherapien

Instrumente Dokumentation und Patientenbefragung

Veröffentlichung Geplant ist die Publikation der Daten auf einem Portal im Internet.

In einem Bericht für den Landtagsausschuss schreibt Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU), dass er die Befürchtungen des Berufstandes für nachvollziehbar halte. Das Bundesgesundheitsministerium sei um Prüfung gebeten worden, ob die Belastung durch die Erprobungsphase in NRW gerechtfertigt sei und nicht mindestens eine gerechtere Verteilung im Bundesgebiet erfolgen sollte. „Eine Erhebung in einem Bundesland ist aus Sicht der Landesregierung methodisch nicht alternativlos“, schrieb der Minister nach Berlin.

Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, hält das für nicht ausreichend: „Das Qualitätssicherungsverfahren in der ambulanten Psychotherapie wird zum bürokratischen Altraum. Die Landesregierung sieht die Probleme, bleibt aber zu passiv“, kritisierte sie. Eine einseitige Belastung aller Praxen in NRW gefährde die psychotherapeutische Versorgung.

Ungelöst ist auch die Vergütungsfrage. Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigungen konnte zur Erstattung bislang keine Einigung mit den Kassen erzielt werden. „Grundsätzlich würden wir eine zeitnahe Einigung begrüßen“, so ein Sprecher der KV Nordrhein. Gefordert sei eine vollständige Finanzierung des zeitlichen Aufwands und der Sachmittel – etwa für die Software – durch die Kassen. „Zudem muss eine Schlechterstellung der Psychotherapeuten in NRW gegenüber denen in anderen Bundesländern verhindert werden“, heißt es in einem entsprechenden Beschluss.

„Qualitätssicherung ja – aber nicht so“, sagte die FDP-Gesundheitspolitikerin Schneider und verlangt eine bundesweite Verteilung der Erprobung, anstatt ausschließlich die Psychotherapeuten in NRW zu belasten, eine faire Vergütung für den zusätzlichen Aufwand und eine praxisnahe Umsetzung ohne überbordende Bürokratie: „Die Landesregierung muss endlich handeln, statt nur Bedenken zu äußern.“

Massenproteste in der Türkei gegen Erdogan

Ekrem Imamoglu soll Präsidentschaftskandidat der Opposition werden. Er bleibt aber vorerst in Haft.

ISTANBUL/ANKARA (rtr) Ein türkisches Gericht hat Untersuchungshaft für den am Mittwoch festgenommenen Istanbul-Bürgermeister Ekrem Imamoglu angeordnet. Zudem wurde er vom Amt des Stadtoberhauptes suspendiert. Der CHP-Politiker will dem politischen Druck nicht nachgeben. „Ich stehe aufrecht, ich werde mich nicht beugen“, schrieb er am Sonntag auf der Internet-Plattform X. Seit der Festnahme erlebt die Türkei die größten Proteste gegen den langjährigen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan seit mehr als zehn Jahren. Seine Partei will Imamoglu zum Präsidentschaftskandidaten ausrufen. „Hand in Hand werden wir diesen Schlag, diesen schwarzen Fleck auf unserer Demokratie ausmerzen“,

schrub Imamoglu zudem auf X und sprach auch von einem Putsch. Er rief seine Anhänger auf, nicht die Hoffnung zu verlieren. Die Opposition in der Türkei wertet das Vorgehen gegen den 54-Jährigen als Farce. Nach ihrer Darstellung will Erdogan damit einen unliebsamen Rivalen aus dem Verkehr ziehen.

Das zuständige Gericht verwies auf Bestechungsvorfälle gegen Imamoglu. Er soll sich auch wegen Terrorismusanschuldigungen verantworten. „Obwohl der dringende Verdacht besteht, eine bewaffnete terroristische Organisation zu unterstützen, wird seine Verhaftung in diesem Stadium nicht für notwendig erachtet, da bereits entschieden wurde, dass er wegen Finanzdelikten verhaftet wird“, teilte das Ge-

richt mit. Imamoglu, der in einigen Umfragen vor Erdogan liegt, hat die Vorwürfe zurückgewiesen und sie als „unvorstellbare Anschuldigungen und Verleumdungen“ bezeichnet. Er muss vermutlich bis zu einer Verhandlung im Gefängnis bleiben.

Bei Massendemonstrationen wurden Hunderte Menschen festgenommen. Innenminister Ali Yerlikaya erklärte am Sonntag noch vor der Entscheidung des Gerichtes, 323 Personen seien zuletzt in Gewahrsam genommen worden. „Keinerlei Versuch, die öffentliche Ordnung zu gefährden, wird geduldet“, betonte der Minister. Bereits am Samstag waren über 300 Festnahmen gemeldet worden. Seit Mittwoch sind Zehntausende Menschen in Istanbul, Ankara und an-

deren Städten gegen die Festnahme Imamoglus auf die Straße gegangen. Die Polizei ging mit Pfefferspray, Tränengas und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor, die ihrerseits Polizisten mit Knallkörpern und anderen Gegenständen bewarfen. CHP-Chef Ozgur Ozel kündigte weitere Proteste für Sonntagabend an. Imamoglu habe sich am Nachmittag auf dem Weg ins Gefängnis befunden. Er sollte noch am Sonntag nominiert werden. Die CHP hat mehr als 1,5 Millionen Mitglieder und lässt in allen 81 Provinzen der Türkei wählen. Die Partei kündigte Berufung gegen die Gerichtsentscheidung an. Es handle sich um eine Verschwörung und ein politisch motiviertes Vorgehen der Justiz.

Leitartikel, Politik

Sieben Tote nach Drohnenangriffen in der Ukraine

KIEW (ap) Bei russischen Drohnenangriffen auf verschiedene Regionen der Ukraine sind am Sonntag nach Angaben der örtlichen Behörden mindestens sieben Menschen getötet worden. Drei Personen, unter ihnen ein fünfjähriges Kind, seien in Kiew ums Leben gekommen und zehn weitere verletzt worden, teilte die Militärverwaltung der ukrainischen Hauptstadt mit. Der Gouverneur der Region Donezk, Wadym Filaschkin, meldete vier Tote durch russischen Beschuss, drei davon in Dobropillja an der Front. Die ukrainische Luftwaffe teilte mit, Russland habe in der Nacht auch Charkiw, Sumy, Tschernihiw und Odessa angegriffen. Insgesamt habe das russische Militär 147 Drohnen gegen die Ukraine eingesetzt